

# Tanz um „goldene Heuschrecke“

Betrifft: Firma Grohe ist Umsatzmilliardär

„Es ist für mich einfach nicht länger widerspruchslos hinnehmbar, dass diesen Schmarotzern in der Chefetage schillernde Denkmäler gesetzt werden sollen. Grohe ist zu einem Schandfleck für die ganze Region geworden, daran können auch die bunten Seifenblasen nichts ändern. Ausbeuter in Nadelstreifen. Nur, Ausbeuter. Der Märkische Kreis braucht aber keine neue Lügenpropaganda. Früher war es der „Tanz um das goldene Kalb“, der das Volk beschädigte - heute ist es der „Tanz um die goldene Heuschrecke“.

Der Filmbericht des WDR: „Und du bist raus - Wie Investoren die Traditionsfirma Grohe auspressen“ hat die Machenschaften dieser Führungsriege deutlich demaskiert. Und was bitte ist das denn für eine Leistung, wenn

man Schulden abbaut, die das vormals bestens aufgestellte Unternehmen vor der Machtübernahme nie hatte?

Nüchtern betrachtet wird Grohe doch lediglich zielgerichtet ausgeraubt und geplündert auf Kosten der Arbeiter. Mitarbeiter, die durch

ihre Arbeitsleistung den Erfolg dieses Unternehmens erst ermöglicht haben, wurden in Scharen als hilflos ausgelieferte Abhängige in ein steuerfinanziertes Sozialsystem abgekippt. Alternativ blieb für viele nur die Hinnahme massiver Einkommenseinbußen durch den Wechsel in Leiharbeit - die gleiche Arbeit für deutlich weniger Geld. Erpresst und gefügig gemacht durch die allgegenwärtigen drohenden Schatten von Hartz IV und der sozialen Verelendung.

Wer bitte recherchiert die brutalen Konsequenzen für die Opfer? Wer demaskiert diesen „Raubtierkapitalismus“? Hier ist - auch vor Ort - kompetenter Journalismus gefordert. George Orwell hatte in seiner „Farm der Tiere“ dekadentes Management treffend beschrieben. Ganz oben in der Hierarchie stand am Ende: ... ein Säugetier.

Ulrich Wockelmann  
Weststraße 10, Iserlohn

## HINWEIS

Leserbriefe brauchen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinzustimmen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe abzulehnen, zu kürzen und die Identität des Absenders zu überprüfen. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Ihre Briefe richten Sie bitte an:

Lokalredaktion Hemer  
Poststraße 4  
58675 Hemer  
Telefax 0 23 72 / 94 77-55

# HEMER

HEMER 1

Nr. 71

## Fordern und fördern?

Hartz IV entsetzt jetzt SPD: „Schlimmer als beim Offenbarungseid“

**HEMER.** (rd) „Hartz IV - fordern und fördern?“ Zu diesem Thema hatte der SPD-Ortsverein Hemer neulich betroffene und interessierte Mitbürger zu einem Informationsabend in die Gaststätte „Im Bräucken“ eingeladen. Für Auskünfte und Fragen in einer Stammtischrunde stand eine sachkundige Expertin zur Verfügung: Hannelore Wirtz von der Iserlohner Beratungsstelle für Langzeitarbeitslose (ALZ - Arbeit, Leben, Zukunft). SPD-Pressesprecher Ingo-Olaf Schumacher: „Ausgehend von den Fragen der betroffenen Bürger machte sich schnell unter den Anwesenden Betroffenheit, ja Entsetzen breit.“

Schumacher weiter: „Frau

Wirtz hat im letzten Jahr fast 1200 Beratungen von Mitbürgern durchgeführt, deren Situation regelmäßig von Verzweiflung bis hin zur unbändigen Wut geprägt wird. Dies insbesondere auch deshalb, weil die Sozialgerichte immer wieder feststellen mussten, dass die Hälfte aller Arge-Bescheide fehlerhaft waren. Es ist erschreckend, dass diese unersetzliche Beratungsarbeit von Frau Hannelore Wirtz im September abgebrochen werden muss, weil das Land NRW die Förderung eingestellt hat. Frau Wirtz hat alle Bürgermeister im Märkischen Kreis und den Märkischen Kreis selbst angeschrieben, um durch diese Stellen eine Weiterführung der Förderung zu

erreichen.“

Zur Situation der Langzeitarbeitslosen schreibt die SPD Hemer: „Wenn vollarbeitenden Mitbürgern zum Existenzminimum nur wenige Euro fehlen, um ihre Familien durchzubringen, trifft sie die volle Härte der Hartz-IV-Gesetze. Sie müssen dann, schlimmer als beim gerichtlichen Offenbarungseid, wirklich fast alles über sich offenbaren, um lediglich eine geringe Unterstützung zu bekommen. Davon, dass ein Vollarbeitsplatz das Erreichen des Existenzminimums nicht mehr ermöglicht, sind 3 bis 4 Millionen Niedriglohnempfänger bedroht. Mehr als 1 Million davon erhalten Sozialhilfe (Arbeitslosengeld II).“